



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 18.04.2025 bis 25.04.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Not der Kirchen	3
Armenien: Gedenktag an Genozid	4
Australien: Neues Gesetz kriminalisiert Gebet bei Fragen der Geschlechtsidentität	5
Besetzte Gebiete der Ukraine: Razzien, Gerichtsverfahren, Beschlagnahme von Gebäuden	6
Deutschland: Israelhass bald auch auf deutschen Festivals	7
Deutschland: Kongress mit verfolgten Christen	8
Indien: Oberster Gerichtshof verhandelt über Anti-Konversionsgesetze	9
Indonesien: Muslime stören Gründonnerstagsmesse	10
Irak: die Kirchen schrumpfen	12
Moldawien: Sportmissionarischer Dienst	13
Nigeria: Christen fordern ein Ende des Blutbads	14
Nordkorea: Wie leben die Christen dort?	15
Nordzypern: Update zum Fall Ryan Keating	16
Pakistan: Christ nach pakistanischem Blasphemiegesetz zum Tode verurteilt	17
Russland: Die Strafverfolgungen wegen Protesten gegen den Krieg gehen weiter	19

# Ägypten: Not der Kirchen

Trotz der Initiative des ägyptischen Präsidenten, den Bau und die Verbesserung von Kirchengebäuden zuzulassen, ist der Widerstand gegen die Kirche in einigen abgelegenen Regionen weiterhin groß. Kirchen wurden niedergebrannt und in einer Stadt wurden christliche Häuser in Brand gesteckt, nachdem Gerüchte über den geplanten Bau einer Kirche die Runde gemacht hatten. Der Erfolg der Brandstifter verdeutlicht die Grenzen des ägyptischen Rechtsschutzes und das Versagen der lokalen Behörden, die nationale Regierung zu unterstützen oder christliche Minderheiten zu schützen.

*Open Doors*/WORLDNEWS 317 /Bridgeway Publications vom 15. April 2025/ übersetzt und bearbeitet AKREF

# Armenien: Gedenktag an Genozid

Anlässlich des 110. Gedenktages des Genozids an den Armeniern warnt die IGFM vor neuen Angriffen gegen Armenier. Die IGFM veröffentlicht ein einzigartiges Kompendium zu der Geschichte Armeniens vom ersten systematischen Völkermord des 20. Jahrhunderts

*„Die Anerkennung des Völkermords reicht nicht aus – Armenier müssen als schützenswerte Opfergruppe rechtlich wirksam definiert werden“*

(IGFM) Frankfurt am Main, 23. April 2025 – Anlässlich des 110. internationalen Gedenktags am 24. April zum Völkermord an den Armeniern mahnt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zu wachsender und entschiedener Solidarität mit dem ersten christlichen Staat der Welt. Die Überlebenden des Völkermords und ihre Nachkommen leiden bis heute unter einem doppelten Trauma: der unverjähren Last des Ertrittenen und der zusätzlichen Bürde durch die anhaltende Leugnung des Verbrechens durch die Türkei und Aserbaidschan. In einer einzigartigen wissenschaftlichen Dokumentation bildet die IGFM die Geschichte Armeniens vom ersten systematischen Völkermord des 20. Jahrhunderts bis zum ersten modernen Drohnenkrieg des 21. Jahrhunderts ab.

„Die systematische und staatlich organisierte anti-armenische Politik Aserbaidschans wurde über Jahrzehnte ohne angemessene internationale Reaktion hingenommen. Anstatt internationale Proteste gegen die ethnische Säuberung in Berg-Karabach mit Sanktionen zu untermauern, wurde Aserbaidschan mit der Ausrichtung des Weltklimagipfels belohnt. Weitere massive Gewalttaten gegen Armenier und Armenien drohen, in Deutschland werden Armenier sogar am Telefon mit der Wiederholung des Völkermords eingeschüchert“, kommentiert Valerio Krüger, Sprecher des Vorstands der IGFM.

In den Jahren 1915/16 fielen mehr als die Hälfte der 1,5 bis zwei Millionen Armenier einem systematischen Vernichtungsprogramm zum Opfer. Soldaten des Osmanischen Reichs ermordeten gezielt Hunderttausende durch Massaker und Todesmärsche. Der 24. April erinnert an die Deportation armenischer Intellektueller aus Istanbul im Jahr 1915, die den Auftakt zum ersten systematischen Völkermord des 20. Jahrhunderts bildete.

## Vom Genozid bis zum Drohnenkrieg

Der andauernde Berg-Karabach-Konflikt führt die Tragödie des Armenier-Genozids im 20. Jahrhundert direkt fort. Der 44-tägige Krieg (27. September – 10. November 2020) markierte den ersten modernen Drohnenkrieg des 21. Jahrhunderts und forderte über 7.000 Menschenleben, über 140.000 Menschen wurden vertrieben. Aserbaidschans jahrzehntelange anti-armenische Politik gipfelte 2023 in der völkerrechtswidrigen Vertreibung von mehr als 100.000 ethnischen Armeniern aus Berg-Karabach – ein weiteres genozidales Kapitel armenischen Leidens.

Die IGFM fordert daher ein entschlossenes Handeln der neuen Bundesregierung und besonders der EU-Staaten zum Schutz Armeniens. Sie betont die Notwendigkeit, die Leugnung des Armenier-Völkermords international zu ächten sowie Armenien wirtschaftlich und sicherheitspolitisch gegen die Bedrohung durch das türkisch-aserbaidschanische Bündnis zu unterstützen. Aserbaidschanische Völkerrechtsverbrechen müssen vor internationalen Gerichten aufgearbeitet werden.

Die IGFM hat ein Kompendium mit dem Titel **„Armenien – vom ersten systematischen Völkermord des 20. Jahrhunderts zum ersten modernen Drohnenkrieg des 21. Jahrhunderts“** veröffentlicht. Die Dokumentation leistet einen fundamentalen Beitrag zum Verständnis des armenisch-aserbaidschanischen Konflikts und gibt einen tiefen Einblick in die geopolitischen Machtkonstellationen rund um Armenien.

# Australien: Neues Gesetz kriminalisiert Gebet bei Fragen der Geschlechtsidentität

IIRF-D/ICC/Tübingen/4/18/25 - Am 4. April begann der australische Bundesstaat New South Wales (NSW) mit der Durchsetzung eines neuen Gesetzes, das Anti-Konversions-Therapie (so wörtlich in der originalmeldung. Gemeint ist wohl ein Gesetz gegen Konversions-Therapie. (Anmerkung der Redaktion)) kriminalisiert, was nun auch das Beten mit jemandem über sein Geschlecht oder seine sexuelle Identität und sogar die Ermutigung zur Abstinenz für queere Christen einschließt.

Auf der Website Anti-Discrimination New South Wales, einer Regierungsbehörde, die Antidiskriminierung verwaltet und untersucht, wird erklärt, dass „das Beten mit oder über einer Person mit der Absicht, ihre Sexualität oder Geschlechtsidentität zu ändern oder zu unterdrücken, ungesetzlich ist ... selbst wenn diese Person Sie gebeten hat, für sie zu beten, damit sie ihre Sexualität oder Geschlechtsidentität ändern oder unterdrücken kann.“

Das NSW-Gesetz zum Verbot von Bekehrungspraktiken (Conversion Practices Ban Act 2024) ist Teil eines Trends von Gesetzen, die darauf abzielen, die „Bekehrungstherapie“ zu verbieten, d. h. die klinische Praxis der gewaltsamen Änderung des Geschlechts oder der sexuellen Identität einer Person. Was das NSW-Gesetz von anderen unterscheidet, ist die weit gefasste Definition der „Konversionstherapie“, die über einen traditionellen klinischen Rahmen hinausgeht.

In einem Interview mit The Washington Stand sagte Arielle Del Turco, Direktorin des Zentrums für Religionsfreiheit beim Family Research Council: "Dies ist ein schreckliches neues Gesetz in diesem australischen Staat, und sie versuchen nicht einmal, es zu verbergen.

Wie die Landesregierung auf ihrer Website selbst einräumt, wird dieses Gesetz einen Pfarrer oder einen Gläubigen daran hindern, mit jemandem zu beten, der um Gebet für die Befreiung von Fragen der Geschlechtsidentität bittet".

Dieses Verbot erstreckt sich nicht nur auf private Gebete und erbetenen Rat eines Pastors, sondern auch auf öffentliche Äußerungen in Predigten. Auf der Webseite der NSW-Regierung wird erklärt, dass „ein religiöser Führer, der seiner Gemeinde predigt oder für sie betet“, als illegale Gesprächspraxis betrachtet werden kann, wenn festgestellt wird, dass „die Absicht besteht, die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität einer Person zu ändern oder zu unterdrücken“.

Ein weiteres besorgniserregendes Merkmal dieses Gesetzes ist, wie weit es geografisch reicht. Laut der Website der Regierung von NSW können Personen außerhalb von NSW, die online für Einwohner von NSW in einer Weise beten oder seelsorgerisch tätig sind, die gegen dieses Gesetz verstößt, mit einer Geldstrafe oder einer dreijährigen Gefängnisstrafe belegt werden. Die Höchststrafe für Personen, die innerhalb von NSW einen illegalen Bekehrungsversuch begehen, beträgt fünf Jahre Gefängnis.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Besetzte Gebiete der Ukraine: Razzien, Gerichtsverfahren, Beschlagnahme von Gebäuden

AKREF-A/24.04.25 - Am 2. März kam es zu einer Razzia beim Sonntagsgottesdienst einer Baptistengemeinde in Stakhanov in der von Russland besetzten Region Lugansk. Dies war die bisher letzte einer Serie von Razzien gegen Religionsgemeinschaften in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine. Ziel dieser Übergriffe sind in erster Linie Gemeinschaften, die über keine Registrierung nach russischem Recht verfügen. Dabei wird religiöse Literatur beschlagnahmt, die Anwesenden werden fotografiert und beschlagnahmte Unterlagen werden an die Anklagebehörden übermittelt, um Strafverfahren gegen die Leiter einzuleiten. Der Pastor der Baptistengemeinde in Stakhanov wurde am 10. April vom zuständigen Gericht freigesprochen.

Ausländer, die sich in nicht registrierten Gemeinschaften betätigen, droht die Abschiebung.

Es kommt auch zur Beschlagnahme von Immobilien von nicht nach russischem Recht registrierten Gemeinschaften. Das letzte Beispiel ist das Gebäude einer protestantischen Kirche in Mariupol, die 2024 von der Stadtverwaltung beschlagnahmt wurde und in ein Kino umgewandelt wird, das demnächst unter dem Namen Komsomolez eröffnet werden soll.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 17. April 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Deutschland: Israelhass bald auch auf deutschen Festivals

## Umstrittenes Hip-Hop-Trio bei Musikfestivals eingeplant

Berlin (IDEA) – Die „WerteInitiative – jüdisch-deutsche Positionen“ (Berlin) hat die Veranstalter von zwei der größten Musikfestivals in Deutschland dazu aufgefordert, dem Hip-Hop-Trio „kneecap“ aus Irland keine Bühne zu bieten. Die Organisation wirft der Band vor, antisemitische und israelfeindliche Inhalte zu verbreiten. Es handelt sich bei den beiden Veranstaltungen um das jeweils vom 20. bis 22. Juni stattfindende „Hurricane“- und das „Southside“-Festival. Sie zählen jeweils mehr als 50.000 Besucher. In einem am 21. April auf Instagram veröffentlichten Post schreibt die „WerteInitiative“, dass die Band „voll auf Linie der Hamas ist“. Dies hätten sie bei einer ihrer vergangenen Auftritte im April bei dem „Coachella-Festival“ in Kalifornien gezeigt. Dabei hätten sie dem „Publikum mit blankem Israelhass eingeheizt“. Laut Bild.de teilte die Band vor den Zuhörern antisemitische Botschaften. Auf der Bühne war auf einem Bildschirm die Botschaft „Fuck Israel, Free Palestine“ eingeblendet. Die Band wolle nun „auch in Deutschland ihr Gift verspritzen und die Festivals in eine feindliche Umgebung verwandeln“, schreibt die „WerteInitiative“. Sie versteht sich als eine zivilgesellschaftliche Stimme jüdischer Deutscher.

# Deutschland: Kongress mit verfolgten Christen

**IDEA - In eigener Sache: Der „Schönblick“ und IDEA laden ein.**

(IDEA) – In zahlreichen Ländern der Welt werden Christen bedrängt oder verfolgt: Mit ihrer Situation beschäftigt sich der achte ökumenische Kongress „Christenverfolgung heute. Weltweite Religionsfreiheit – Wachsende Kirchen“ in Schwäbisch Gmünd. Er findet vom 9. bis 12. November statt und wird veranstaltet vom Christlichen Gästezentrum Schönblick und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA (Wetzlar) in Zusammenarbeit mit rund 40 Hilfswerken sowie Menschenrechtsorganisationen unterschiedlicher Konfession. Ziel des [Kongresses](#) ist es, mit bedrängten und verfolgten Christen ins Gespräch zu kommen, ihnen eine Stimme zu geben, die Netzwerke zwischen ihnen und den Christen in der „freien Welt“ auszubauen und Initiativen zum Handeln aufzuzeigen. Schirmherr ist der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder. Er ist derzeit Honorarprofessor für Religionsfreiheit und Erforschung der Christenverfolgung an der Freien Theologischen Hochschule (FTH) Gießen. Kauder erhält bei der Veranstaltung für seinen Einsatz den Hoffnungsträger-Preis des Evangelischen Gemeinschaftsverbandes Württemberg „Die Apis“.

## Expertenberichte

Der Leiter der indischen Evangelischen Allianz, Vijayesh Lal, wird die Verfolgungssituation unter der hindunationalistischen Regierungspartei BJP schildern. Ebenfalls vor Ort sind der Erzbischof der Anglikanischen Kirche in Nordnigeria, Ali Buba Lamido, der von den zahlreichen Angriffen auf die dortigen Christen berichten wird, sowie der Bischof der Methodistischen Kirche in Kuba, Ricardo Pereira, und der China-Experte Adrian Zenz. Zudem werden Missionare und Geistliche über die Situation in Pakistan, Syrien, im Sudan, der Sahelregion und in der Ukraine berichten. Neben den Plenumsveranstaltungen wird es thematische Foren geben.

## Debattenrunde mit de Maizière

Geplant ist zudem eine Debatte über die Lage der Meinungsfreiheit in Deutschland und Europa. Diskussionsteilnehmer sind neben Kauder auch der Leiter des Arbeitskreises Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz in Deutschland, Matthias Böhning (Bonn), der Leiter der Rechtsabteilung Europa von ADF International, Felix Böllmann (Wien), der ehemalige Bundesminister des Innern und der Verteidigung, Thomas de Maizière (CDU), sowie der Missionsleiter der Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK), Manfred Müller (Schöffengrund bei Wetzlar). Der meist alle zwei Jahre stattfindende Kongress begann 2009 mit zehn Kooperationspartnern und 250 Teilnehmern. Zum letzten Kongress 2021 kamen 400 Menschen.

*Anmeldung und Infos unter: [idea.de/christenverfolgung25](https://idea.de/christenverfolgung25)*

# Indien: Oberster Gerichtshof verhandelt über Anti-Konversionsgesetze

International Christian Concern - Am 16. April verhandelte der Oberste Gerichtshof Indiens über einen Antrag auf dringende Abhilfe gegen den Missbrauch der Anti-Konversionsgesetze des Landes zur Bekämpfung von Minderheiten.

Bei dem Gericht gingen mehrere Petitionen ein, die Indiens Anti-Konversionsgesetze anfechten, die in mehreren Bundesstaaten gelten. Eine Gruppe von Anwälten unter der Leitung der Interessengruppe Citizens for Justice and Peace (CJP) wandte sich gegen die Änderung des Anti-Konversionsgesetzes von Uttar Pradesh aus dem Jahr 2024, die Klagen Dritter und härtere Strafen ermöglicht.

Die Anhörung zu den Anti-Konversions-Petitionen erfolgte auf der Grundlage eines Antrags auf vorzeitige Anhörung der seit Dezember 2020 anhängigen Angelegenheiten und eines weiteren Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz, mit dem solche in Uttar Pradesh, Uttarakhand, Madhya Pradesh und Himachal Pradesh verabschiedeten Gesetze angefochten wurden, sowie auf der Grundlage geänderter Anträge, die ähnliche Gesetze in Chhattisgarh, Gujarat, Haryana, Jharkhand und Karnataka umfassen.

Diese Petitionen wurden von Dezember 2020 bis Februar 2021 eingereicht. Die CJP erklärte auf ihrer Website, dass sie diese Klagen gegen die Anti-Konversionsgesetze eingereicht hat, da sie die Privatsphäre, die Freiheiten und die Autonomie von Erwachsenen beeinträchtigen.

Die Anhörung am 16. April war Teil einer umfassenderen Anfechtung der Verfassungsmäßigkeit der Anti-Konversionsgesetze, die nach Ansicht des CJP die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen und das Recht auf freie Religionswahl verletzen.

Der von Cis eingereichte Zwischenantrag zielte darauf ab, hervorzuheben, wie die Praxis des Gesetzes zumindest in den letzten vier Jahren zu einem weit verbreiteten Missbrauch geführt hat, um das ursprüngliche Argument der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze weiter zu stärken.

Die CJP hat behauptet, dass diese Gesetze, obwohl sie angeblich zur Verhinderung von Zwangskonversionen erlassen wurden, von radikalen Hindu-Organisationen und staatlichen Behörden als Waffe eingesetzt werden, um Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten zu diskriminieren und fälschlicherweise zu beschuldigen und ein Klima der Angst zu schaffen.

Ein Hauptanliegen, das in der einstweiligen Verfügung hervorgehoben wird, ist das Muster des Missbrauchs durch radikale Hindu-Gruppen, die die Gesetze nutzen, um falsche Beschwerden einzureichen und die Strafverfolgungsbehörden unter Druck zu setzen, um gegen einzelne Christen und ihre Gemeinschaften vorzugehen, oft ohne glaubwürdige Beweise.

In mehreren Fällen werden diese Beschwerden von Dritten mit eigenen Interessen eingereicht, wie Organisationen oder Einzelpersonen, die dem Hindu-Nationalismus nahestehen, und nicht von den Einzelpersonen oder Familien, die von den angeblichen Konversionen betroffen sind.

In dem Antrag wird ferner argumentiert, dass die Gesetze keinen ausreichenden Schutz vor Missbrauch bieten, wobei eines der Hauptprobleme darin besteht, dass die staatlichen Behörden dazu neigen, auf Beschwerden zu reagieren, ohne eine Voruntersuchung durchzuführen. Dies hat zu willkürlichen Verhaftungen, Inhaftierungen und der sozialen und rechtlichen Stigmatisierung der Beschuldigten, insbesondere von Christen und anderen Angehörigen von Minderheiten, geführt.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Indonesien: Muslime stören Gründonnerstagsmesse

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/24.04.25 - Eine Gruppe von Muslimen hat letzte Woche die Gründonnerstagsmesse einer Kirche in Indonesien gestört. Dies ist der jüngste Vorfall in einer Reihe von Protesten an diesem Ort.

Im Dorf Sukamiskin im Unterbezirk Arcamanik in Bandung, der Hauptstadt der Provinz Westjava, demonstrierten radikale Muslime des „Arcamanik Diversity in Unity Citizens Communication Forum“ vor dem Mehrzweckgebäude Arcamanik (*Gedung Serba Guna*, GSG), in dem die St. Odilia-Gemeinde am Donnerstag (17. April) zu einem Gottesdienst zusammengekommen war.

Die Demonstranten störten den Gottesdienst am Gründonnerstag mit Lautsprechern, Transparenten und lauter Musik auf dem Gelände der ehemaligen katholischen Hochschule für Religionslehrer „St. Odelia“, wie das Nachrichtenportal bandungbergerak.id berichtete. Gemeindeglieder, die noch ankamen, mussten einen Weg um die Blockade herum finden.

Die Demonstranten forderten, dass das Mehrzweckgebäude Arcamanik nicht als Gotteshaus genutzt wird.

„Dieses Gebäude ist ein Mehrzweckgebäude – es darf nicht umgebaut und für andere Zwecke, insbesondere als Gebetsstätte, genutzt werden“, sagte Budi Haryono, Koordinator der Protestaktion, laut bandungbergerak.id. „Bitte klären Sie die Genehmigungen und rechtlichen Aspekte. Klar ist jedoch, dass [dieses Gebäude] bis jetzt noch ein Mehrzweckgebäude ist.“

Die Demonstranten bestritten, die Gründonnerstagsmesse gestört zu haben, und behaupteten, sie hätten lediglich die Nutzung des Gebäudes als Gebetsstätte in Frage gestellt, da diese angeblich nicht mit der Genehmigung vereinbar sei.

Laut bandungbergerak.id verzögerten die Demonstranten nicht nur den Gottesdienst, sondern spielten auch nationale Lieder, die die Messe übertönten.

Kurz vor 17 Uhr versuchten mehrere Demonstranten, eine Reihe von Sicherheitskräften zu durchbrechen und rückten einige Meter näher an die GSG heran, wurden jedoch von der Polizei daran gehindert.

Das Mehrzweckgebäude Arcamanik befindet sich auf dem Gelände der inzwischen geschlossenen katholischen Hochschule für Religionslehrer St. Odelia in dem Dorf; Teil der Pfarrei St. Odelia der Diözese Bandung.

„Die Ablehnung der Messe in Arcamanik durch eine Gruppe von Menschen spiegelt eine intolerante Haltung wider, die den Grundsätzen der Vielfalt und Religionsfreiheit widerspricht“, sagte Ardi Manto Adiputra, Direktor von Impartial, einer indonesischen Menschenrechtsorganisation, in einer Erklärung, über die Tempo.co am Samstag (19. April) berichtete.

Laut Verfassung der Republik Indonesien von 1945 Artikel 28E Absatz (1) und Artikel 29 Absatz (2) ist die Messe eines der Rituale, die durch das Recht auf Religionsausübung garantiert sind.

„Die Messe ist ein heiliges Ritual für Katholiken. Die Ablehnung derselben ist nicht nur eine Form der Intoleranz, sondern auch ein Verstoß gegen die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit“, sagte Ardi.

Muslime hatten laut wartakotalive.com bereits am 2. März an diesem Ort demonstriert. Am 30. März, am Ende des muslimischen Fastenmonats, der mit dem Eid al-Fitr gipfelte, protestierten erneut zahlreiche Muslime, während Katholiken den Aschermittwoch begingen.

Unter jihadistischen Parolen über die Größe Allahs forderten die Demonstranten laut ayobandung.com die Absage der Aschermittwochsmesse. Vor den Augen der Polizeibeamten riefen die Demonstranten, dass der Ramadan auch ein Monat des Jihad sei und sie den Ort daher nicht verlassen würden, bis die Kirchgänger entlassen würden, so die Nachrichtenagentur.

Ein am 7. März von Karya Vince veröffentlichtes Video zeigt einen Redner, der erklärt: „Der Ramadan ist der Monat des Dschihad. Wir haben keine Angst; wir werden diesen Ort nicht verlassen, bis sie entlassen werden“, woraufhin die Menge mit dem dschihadistischen Slogan „*Allahu Akbar* [Gott ist größer]“ antwortet.

Die Demonstranten sagten, Katholiken dürften in der öffentlichen Einrichtung Aktivitäten durchführen, darunter einmal im Monat einen Gottesdienst, aber sie dürften sie nicht für regelmäßige wöchentliche Gottesdienste nutzen.

„Die Bewohner können die Einrichtungen des Arcamanik-Mehrzweckgebäudes nutzen, darunter auch für Gottesdienste, die ursprünglich einmal im Monat stattfanden und noch toleriert wurden“, sagte der Demonstrant Anton Minardi gegenüber bandungbergerak.id. „Warum wurde daraus mit der Zeit eine dauerhafte Aktivität? Die Bewohner können es nicht mehr nutzen.“

Dyah Nur Susanti, eine der Leiterinnen der St. Odilia-Gemeinde, erklärte gegenüber bandungbergerak.id, dass das umstrittene Grundstück ursprünglich von einem Gemeindepfarrer, Rev. Yosef Gandi, gekauft worden sei, der es später an die Diözese Bandung übertragen habe, die es seit 1988 als Gemeindevermögen für Gottesdienste ausgewiesen habe.

„Das Gebäude wurde nie als öffentliche Einrichtung oder soziale Einrichtung genutzt“, sagte Dyah und wies darauf hin, dass die Regierung und die Anwohner bei der Errichtung des Gebäudes in den 1980er Jahren keine Genehmigung für die Nutzung als Kirche erteilt hatten.

Als Reaktion auf diese Einwände stuft die Diözese Bandung das Gebäude als Mehrzweckgebäude ein, in der Hoffnung, dass es auch für Gottesdienste genutzt werden könnte, wie es bei Mehrzweckgebäuden in Indonesien üblich ist.

Die Kirche gestattete den Anwohnern ebenfalls die Nutzung, doch diese betrachteten dies nicht als Geste des guten Willens, sondern sahen das Gebäude lediglich als öffentliche Einrichtung, die in erster Linie der umliegenden Gemeinde dienen sollte.

Yoseph Kebe, Mitglied des Kirchenbaukomitees, sagte, die Gemeinde zähle mittlerweile rund 1.400 Mitglieder und benötige dringend einen Ort für den Gottesdienst.

„Wir brauchen einen Ort, an dem wir unseren Glauben ausüben können. Einige Anwohner lehnen dies ab, aber wir haben versucht, Treffen und Dialoge zu organisieren; es gibt immer noch unzufriedene Parteien“, sagte Yoseph am 5. März gegenüber Reportern.

Er betonte, dass die Kirche wiederholt ihre Eigentumsrechte an dem Gebäude erklärt habe, die Anwohner jedoch weiterhin ablehnten.

„Wir haben unsere Position mehrfach dargelegt, einschließlich des Status des Grundstücks und des Gebäudes, aber sie haben abgelehnt“, sagte Yoseph. „Wenn es Vorwürfe gibt, sollten diese auf legalem Wege geklärt werden.“

Der Zentralvorstand der Indonesian Catholic Scholars Association (ICSA) forderte die streitenden Parteien auf, einen Dialog zur Lösung des Problems zu führen, berichtete tribunnews.com.

„Dies geschieht während des Fastenmonats, sowohl für Muslime als auch für Christen. Es sollte unverzüglich ein Dialog geführt werden, um den tatsächlichen rechtlichen Status des Mehrzweckgebäudes zu klären, denn was ihn belegt, sind die Originaldokumente des Eigentümers“, sagte ICSA-Vorsitzender Luky Yusgiantoro.

Der Anteil der muslimischen Bevölkerung Indonesiens beträgt 83,3 Prozent, 11,43 Prozent der Bürger bekennen sich zum christlichen Glauben und 3,23 Prozent zu evangelikalen Glaubensrichtungen, laut Angaben des Joshua Project.

Die indonesische Gesellschaft hat einen eher konservativen islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die evangelistische Arbeit leisten, laufen Gefahr, von islamistischen Extremistengruppen angegriffen zu werden, so die christliche Hilfsorganisation Open Doors.

<https://morningstarnews.org/2025/04/radical-muslims-in-indonesia-disrupt-maundy-thursday-mass/>

# Irak: die Kirchen schrumpfen

Armut, politische Instabilität und die Angst vor Verfolgung gehören zu den Gründen, warum Christen weiterhin ihre angestammte Heimat im Irak verlassen. Vor der US-geführten Invasion im Jahr 2003 gab es im Irak etwa 1,5 Millionen Menschen, die sich als Christen bezeichneten und in relativem Frieden lebten, doch nachdem der Islamische Staat ein Drittel des Landes erobert hatte, waren nur noch 700.000 Christen übrig. Diese waren der Gewalt ausgesetzt, und viele wurden aus ihren Häusern vertrieben oder gezwungen, das Land zu verlassen, so dass heute nur noch etwa 200.000 Christen übrig sind. Erheben Sie sich im Gebet für unsere Brüder und Schwestern, die so viel gelitten haben.

Barnabas AID/ WORLDNEWS 317/ Bridgeway Publications vom 15. April 2025/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

# Moldawien: Sportmissionarischer Dienst

(Licht im Osten, Alexander P. aus Kischinau, sportmissionarischer Dienst) ist dankbar für alle jungen Leute, die zum Volleyballtraining kommen und sich dabei auch von Gottes Wort erreichen und ihre Herzen auf Jesus Christus ausrichten lassen. Nadja war vor drei Jahren dazugestoßen, „rau und schroff, aufbrausend und frech“ in ihrem Verhalten. „Heute bin ich erstaunt und verstehe, warum der Herr es nicht zuließ, dass ich sie hinauswarf, warum er mir Geduld, Demut und Kraft im Umgang mit ihr gab. Und wie unglaublich hat sie sich in dieser Zeit verändert! Was für ein wunderbares Werk hat Gott an ihr getan! ... Heute ist Nadja ein ganz neuer Mensch. Als Mannschaftskapitänin unterstützt und ermutigt sie die anderen Mädchen. Sie nimmt aktiv am Bibelkreis teil und engagiert sich in der Gemeinde. Als ich vor ihrer Taufe mit ihrer Mutter sprach, machte ich mir Sorgen um die Reaktion dieser glaubensfernen Frau, aber der Herr wirkte auch an ihrem Herzen ganz wunderbar: Sie stand voll und ganz hinter Nadjas Entscheidung und nahm die Einladung zum Tauf-Fest gerne an ... Aber es läuft nicht immer so. Zwei unserer Jugendlichen, die sich zusammen mit Nadja taufen lassen wollten, bekamen von ihren Eltern ein striktes Verbot. In einem Fall gingen die Eltern sogar so weit, ihrem Sohn die Teilnahme an all unseren Treffen, Gruppen und erst recht an den Gottesdiensten zu verbieten. Eine Zeit lang war Kolja somit aus allen unseren Aktivitäten ausgeschlossen. Aber auch dafür danken wir Gott, denn nach Koljas Worten hat das seine Beziehung zu Christus nur gestärkt und ihn in der Nachfolge des Herrn gefestigt. Wir danken Gott auch dafür, dass nach einigen Monaten die strenge Kontrolle seiner Eltern nachließ und sich fast alles wieder normalisiert hat. Allerdings muss er immer noch heimlich unter der Bettdecke in der Bibel lesen, damit seine Eltern nichts davon mitbekommen.“

☒ Bitte beten Sie für all diese jungen Leute, an denen der Heilige Geist begonnen hat zu wirken, dass sie geistlich wachsen und reifen und Gott in ihrem Alltag erfahren.

„Die Jungs, die vor etwa vier Jahren im Alter von 9 bis 10 Jahren mit mir zu trainieren begonnen hatten, wurden Landesmeister ... Und die Mädchen gewannen Silbermedaillen bei den U-14-Meisterschaften. Die ganze Volleyballwelt in Moldawien weiß längst, dass es den Christlichen Jugendsportverein in unserem Land gibt. Man kennt unsere Werte und Prinzipien. Wir haben das

Evangelium vielen Spielern verschiedener Mannschaften in allen möglichen Turnieren, Ligen und auf Sportplätzen gepredigt. Unsere älteren Mannschaften nehmen regelmäßig an verschiedenen Wettbewerben teil, aber es ist das erste Mal, dass unsere Mannschaften die ersten Plätze belegt haben. Wenn wir zuvor oft belächelt wurden, so hat sich die Einstellung der anderen Trainer, der Mannschaften und auch der Verbandsführung uns gegenüber sehr verändert. Ich kann nicht sagen, dass wir das angestrebt hätten, aber zweifellos hat Gott unseren Einfluss dadurch vergrößert.“

## Bitte beten Sie

☒ für die jungen Sportler, dass sie weiterhin sportliche und geistliche Siege erringen.

☒ dass immer wieder neue Kinder und Jugendliche zum Volleyballtraining kommen und dadurch auch für Christus erreicht werden.

Manche „haben vier bis sechs Trainingseinheiten pro Woche und kommen trotzdem auch noch zu den Bibelkreisabenden.“

## Bitte beten Sie

☒ für den sportevangelistischen Schulungsdienst von Alexander Pulew, dass z.B. auch in Georgien, Aserbaidschan und in geschlossenen muslimischen Regionen ein solcher Dienst auf- und ausgebaut wird.

☒ „vor allem für uns selbst, für unsere Beziehung zu Gott, um gute Arbeiter auf seinem Ackerfeld zu sein.

☒ für die administrativen Fragen des Clubs.

☒ für die Renovierung des Fitness-Centers und des Sportplatzes.

☒ für die Finanzen.

☒ für den sehr schwierigen und teuren Prozess der Renovierung unserer Wohnung [eine 28 qm kleine Wohnung für eine vierköpfige Familie!].

Sie sind für uns Mitstreiter, Freund, Rückhalt und Unterstützung. Vielen Dank!“

# Nigeria: Christen fordern ein Ende des Blutbads

IIRF-D/BA/Tübingen/24.04.25 - Tausende Christen nahmen am 21. April an einem friedlichen Marsch gegen die zunehmende islamistische Gewalt im Middle Belt Nigerias teil, nachdem die Zahl der Todesopfer bei den jüngsten Massakern auf 72 gestiegen war.

Mutmaßliche islamistische Fulani-Kämpfer verübten am 17. April und bis zum Karfreitag, dem 18. April, Angriffe auf christliche Gemeinden in den Local Government Areas (LGAs) Ukum und Logo im Bundesstaat Benue.

Zunächst wurde befürchtet, dass 56 Menschen getötet worden waren, doch die Zahl stieg auf 72, als weitere Leichen aus dem Busch geborgen wurden.

„Wir sind als Bundesstaat belagert, wir werden angegriffen“, sagte der Gouverneur des Bundesstaates Benue, Hyacinth Alia, nach einem Gottesdienst am 21. April. „Sie kommen, sie zerrn Menschen heraus, sie töten, um zu besetzen.“

Er fügte hinzu: „Ein Terrorist ist ein Terrorist, unabhängig von seiner ethnischen Zugehörigkeit oder seiner Religion. Kriminalität ist Kriminalität, Punkt. Wer auch immer sie begeht, ist ein Terrorist und hat keinen Platz unter den Lebenden.“

Während Gouverneur Alia sprach, äußerten Demonstranten im benachbarten Bundesstaat Plateau ihre Wut und Trauer über die erneuten antichristlichen Gewalttaten, denen in den ersten beiden Aprilwochen in den Local Government Areas (LGAs) [Bokkos](#) und [Bassa](#) mehr als 100 Menschen zum Opfer gefallen waren.

[Tausende marschierten friedlich](#) durch die Landeshauptstadt Jos zum Regierungssitz, viele trugen Plakate mit Aufschriften wie „Der Boden schreit nach Blut“, „Wir verdienen es zu leben“ und „Kein Schweigen mehr, Frieden jetzt“.

„Wir sind der Massenbegräbnisse müde“, sagte Pastor Amos Mozho, Vorsitzender des Denominational Leaders Forum, das die Kundgebung organisiert hatte. „Genug ist genug“, fügte er hinzu.

Pastor Mozho wies Behauptungen zurück, dass es sich bei den Angriffen um kommunale Zusammenstöße zwischen Bauern und Hirten handele, und erklärte, die Gewalt sei ein koordinierter Angriff auf die Bevölkerung von Plateau.

„Dies ist keine kommunale Krise“, betonte er. „Es ist eine brutale Kampagne gegen unschuldige Menschen in Plateau.“

<https://www.barnabasaid.org/de/news/nigerian-christians-call-for-end-to-carnage-as-easter-attacks-claim-72-l/>

# Nordkorea: Wie leben die Christen dort?

Die Behörden in Nordkorea haben ein hartes Vorgehen gegen südkoreanische und westliche kulturelle Einflüsse eingeleitet. Kürzlich wurde berichtet, dass etwa 30 Teenager erschossen wurden, weil sie südkoreanische Fernsehsendungen gesehen hatten, die ins Land geschmuggelt worden waren.

Das Christentum ist eines von vielen Dingen, die die nordkoreanischen Machthaber als Bedrohung ansehen. Wenn Christen entdeckt werden, werden sie entweder getötet oder in Gefängnisse gesteckt, oft zusammen mit ihren Familien. Dort werden sie misshandelt und gefoltert und müssen schließlich sterben. Unsere leidenden Brüder und Schwestern in Nordkorea brauchen unsere Gebete.

WORLDNEWS 317 / Bridgeway Publications 15. April 2025/ übersetzt und bearbeitet von AKREF

# Nordzypern: Update zum Fall Ryan Keating

IIRF-D/MEC/Tübingen/18.04.25 - Am 15. April bekannte sich Ryan Keating vor dem Gericht in Famagusta schuldig – um den Fall lösen zu können, obwohl er das Gefühl hatte, nicht absichtlich etwas falsch gemacht zu haben – wegen illegaler Lagerung von Bibeln und unbefugter Schulung in Barista-Fähigkeiten und Weinwertschätzung.

Der Richter verzichtete auf eine Strafe für die Durchführung unerlaubter Schulungen, verhängte aber eine Geldstrafe von 10.000 TL (265 US-Dollar) für die Lagerung der christlichen Bücher, die nicht den Zollgebühren unterworfen worden waren.

Ryan war nach einer gemeinsamen Polizei- und Zollrazzia in seinem Haus im Bezirk Iskele und im Exile Café im Bezirk Famagusta im Januar 2021 wegen illegaler Einfuhr christlicher Bücher und Herstellung von Wein ohne Lizenz angeklagt worden. Dies führte zu Gerichtsverfahren in beiden Bezirken.

Im März 2022 räumte Ryan den Vorwurf der Weinproduktion ohne Lizenz ein, obwohl die von ihm beantragte Verlängerung ohne triftigen Grund verzögert wurde, und wurde zu einer Geldstrafe von 1.000 TL (damals 67 US-Dollar) verurteilt. Es gab auch eine Bewährungsstrafe von 5.000 TL, die im Falle eines weiteren Verstoßes aktiviert werden sollte.

Im Jahr 2022 wurde eine Anklage wegen Schulungsmaßnahmen im Exile Café ohne Genehmigung des Bildungsministeriums hinzugefügt, nachdem die Polizei Stammkunden zu kirchlichen Aktivitäten befragt hatte (das Exile Café ist die eingetragene Adresse des örtlichen Kirchenvereins).

Im Jahr 2023 wurde der Vorwurf, Bücher – seine verschiedenen Bibeln und andere christliche Materialien – illegal an Ryans Privatadresse in Iskele importiert zu haben, bis zu einer Entscheidung des Bezirksgerichts Famagusta zurückgezogen.

Bei einer Anhörung in Famagusta im März 2025 wurde die Anklage wegen illegaler Einfuhr von Büchern fallen gelassen und eine neue Anklage wegen der Lagerung von Büchern, die illegal nach Nordzypern importiert wurden, gegen Ryan erhoben.

Ryan ist dankbar, dass der Fall in Famagusta abgeschlossen ist und bittet um Gebet, dass sein Anwalt in der Lage sein wird, eine vollständige Rücknahme der Anklage in Iskele auszuhandeln und dass die Kautionsbedingungen aufgehoben werden.

Sie können auf der Website von MEC auf dieses Gebetsanliegen zugreifen, indem Sie [hier klicken](#).

# Pakistan: Christ nach pakistanischem Blasphemiegesetz zum Tode verurteilt

Ein Christ, der beschuldigt wurde, blasphemische Inhalte verfasst zu haben, die im August 2023 in Jaranwala, Pakistan, gewalttätige Unruhen ausgelöst hatten, wurde am Karfreitag (18. April) zum Tode verurteilt und mit weiteren harten Strafen belegt.

Pervaiz Masih war verhaftet und unter Berufung auf Pakistans weithin verurteilte Blasphemiegesetze angeklagt worden, darunter § 295-A wegen Anstiftung zu religiösen Gefühlen in verschiedenen Abschnitten, § 295-B wegen Schändung des Korans, § 295-C wegen Beleidigung des Propheten des Islam, § 120-B wegen krimineller Verschwörung, § 34 wegen Handlungen mehrerer Personen zur Förderung einer gemeinsamen Absicht 37, der die stellvertretende Haftung aufgrund gegenseitiger Zusammenarbeit vorsieht, und Abschnitt 9 des Anti-Terrorismus-Gesetzes von 1997 wegen Straftaten im Zusammenhang mit dem Besitz oder der Verwendung von Sprengstoffen oder anderen terroristischen Materialien.

Der Anti-Terror-Richter Javed Iqbal Sheikh verurteilte Masih, alias Kodu, und verurteilte ihn gemäß Abschnitt 295-C zum Tode mit einer Geldstrafe von 2 Millionen Rupien (7.133 US-Dollar); zu 10 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 1 Million Rupien (3.566 US-Dollar) für die Straftat gemäß Abschnitt 295-A; zu lebenslanger Haft gemäß Abschnitt 295-B; sowie zu fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe von 500.000 Rupien (1.783 US-Dollar) gemäß Abschnitt 9 des ATA.

Masih soll sich verschworen haben, einen anderen Christen, Umair Saleem alias Raja Masih, fälschlicherweise in einen Blasphemie-Fall zu verwickeln, um eine persönliche Fehde zu begleichen. Aus Zeugenaussagen vor Gericht ging hervor, dass die Frau von Pervaiz Masih, die nur als „T“ identifiziert wurde, im Jahr 2020 eine Affäre mit Raja Masih begonnen hatte, während ihr Mann wegen Drogenhandels inhaftiert war. Als Pervaiz Masih nach seiner Freilassung von der Affäre erfuhr, soll er geplant haben, sich an Raja Masih zu rächen, indem er ihn in einen falschen Blasphemie-Fall verwickelte.

Das Gericht sprach zwei weitere christliche Verdächtige, Shahid Aftab und Dawood William, frei. Die beiden Christen waren beschuldigt worden, Pervaiz Masih dabei geholfen zu haben, blasphemische Inhalte zu erfinden, um Umair Saleem und seinen Bruder Umer Saleem, alias Rocky Masih, fälschlicherweise zu belasten. Obwohl die beiden christlichen Saleem-Brüder wegen Blasphemie verhaftet worden waren, wurden sie Monate später aus dem Verfahren entlassen, nachdem die polizeilichen Ermittlungen ihre Unschuld ergeben hatten.

Rechtsanwalt Nadeem Hassan von der Rechtshilfeorganisation Christians' True Spirit vertrat Shahid Aftab und Dawood William in dem Fall. Er sagte, die Staatsanwaltschaft habe nicht beweisen können, dass Aftab und William ihrem Verwandten Pervaiz Masih bei der Straftat geholfen hätten.

„William und Aftab sind Verwandte von Masih. Es wurde behauptet, William habe die Fotos der beiden Brüder Rocky und Raja heruntergeladen, ausgedruckt und an Masih weitergegeben, der sie mit den blasphemischen Inhalten verwendet habe“, erklärte Hassan gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Aftab wurde vorgeworfen, Masih in seinem Haus beim Verfassen der angeblich blasphemischen Inhalte geholfen zu haben. Das Gericht gab jedoch unseren Argumenten statt, dass es keine direkten Beweise gegen die beiden Christen gebe.“

Pervaiz Masih habe das Recht, das Urteil des Anti-Terror-Gerichts vor dem Obersten Gerichtshof in Lahore anzufechten, fügte er hinzu.

## „Keine Gerechtigkeit für Christen“

Christen in den sozialen Medien kritisierten das Urteil als zu hart, und viele stellten die mangelnde Gerechtigkeit für Christen in Frage, die bei den von Islamisten angeführten Gewalttaten in [Jaranwala](#) verletzt worden waren, bei denen mehrere Kirchengebäude niedergebrannt und mehr als 80 Häuser und Geschäfte von Christen geplündert worden waren.

„Das Gericht hat einen Christen wegen angeblicher Blasphemie verurteilt, aber was ist mit den Menschen, die unsere Kirchen und Häuser niedergebrannt haben und nun auf Kautionsfreiheit herumlaufen?“, sagte die in Karatschi ansässige Menschenrechtsaktivistin Ghazala Shafique in einem Facebook-[Video](#). „Warum haben die Polizei und die Staatsanwaltschaft diese Fälle nicht mit dem gleichen Eifer untersucht wie den Fall Masih?“

Die Pastorin der Kirche von Pakistan bezeichnete das harte Urteil gegen Masih als „verdrehtes Ostergeschenk der Regierung von Punjab an die Christen“.

Sie sagte, das Urteil habe den Christen, die bereits unter der Untätigkeit gegenüber den Gewalttätern in Jaranwala litten, die Osterfreude verdorben. Mehr als 25 Kirchen und 85 Häuser von Christen in Jaranwala wurden am 16. August 2023 von einem rasenden Mob aus Tausenden von Muslimen geplündert und verwüstet, nachdem Vorwürfe laut geworden waren, Christen hätten blasphemische Inhalte geschrieben und den Koran geschändet. Der Angriff wurde landesweit verurteilt.

Nur ein Dutzend der mehr als 300 festgenommenen Verdächtigen stehen vor einem Anti-Terror-Gericht, teilte der Vorsitzende der Minorities Alliance Pakistan, Rechtsanwalt Akmal Bhatti, im August letzten Jahres der Zeitung Christian Daily International-Morning Star News mit.

„Die meisten Verdächtigen wurden entweder gegen Kaution freigelassen oder aufgrund mangelhafter polizeilicher Ermittlungen aus den Verfahren entlassen“, sagte er.

Amnesty International stellte fest, dass von 5.213 Verdächtigen 380 festgenommen wurden, während 4.833 auf freiem Fuß blieben.

„Von den festgenommenen Verdächtigen wurden 228 gegen Kaution freigelassen und 77 weitere wurden von den Vorwürfen freigesprochen“, erklärte Amnesty auf der Grundlage von Informationen der Polizei nach Einreichung eines Antrags auf Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz.

Die Gerichtsverfahren gegen die Verdächtigen haben noch nicht begonnen, und etwa 40 Prozent der Opfer, die Eigentum verloren haben, warten laut Amnesty noch immer auf eine Entschädigung durch die Regierung.

„Trotz der Zusicherungen der Behörden, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, hat das völlig unzureichende Vorgehen ein Klima der Straflosigkeit für die Täter der Gewalt in Jaranwala geschaffen“, sagte Babu Ram Pant, stellvertretender Regionaldirektor von Amnesty International für Südasien, in der Erklärung.

Blasphemievorwürfe sind in Pakistan weit verbreitet, und wer der Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed für schuldig befunden wird, kann zum Tode verurteilt werden. Zwar haben die Behörden bisher noch keine Todesurteile wegen Blasphemie vollstreckt, doch oft reicht schon die Anschuldigung allein aus, um Unruhen auszulösen und Menschenmengen zu Gewalt anzustacheln.

Pakistan, dessen Bevölkerung zu mehr als 96 Prozent muslimisch ist, steht auf der Weltverfolgungsliste 2025 von Open Doors an achter Stelle der Länder, in denen es für Christen am schwierigsten ist, zu leben.

<https://morningstarnews.org/2025/04/christian-sentenced-to-death-under-pakistans-blasphemy-law-2/>

# Russland: Die Strafverfolgungen wegen Protesten gegen den Krieg gehen weiter

AKREF-A/22.04.25 - Erzbischof Grigory Mikhnov-Vaytenko von der vom Moskauer Patriarchat unabhängigen Apostolisch-Orthodoxen Kirche wurde am 1. April wegen eines im Jahr 2022 veröffentlichten Videos von einem Gericht in Sankt Petersburg zu einer Geldstrafe verurteilt. Vor Gericht zitierte er die Worte Jesu „selig sind die Friedensstifter“ und fügte hinzu „die Kirche ist verpflichtet, genau diese Position auszusprechen“. Ein Sprecher des Gerichts erklärte den Schuldspruch mit folgenden Worten: „Er hat ein Video hochgeladen, in dem es hieß, Russland hätte ohne Grund eine Invasion in die Ukraine unternommen. Welche weitere Begründung brauchen Sie?“ Wörtlich hatte der Erzbischof die Invasion als unmotivierter, aggressiver bewaffneter Aktion bezeichnet. Derzeit erwartet Erzbischof Grigory eine zweite Anklage und Strafverfolgung wegen „Diskreditierung“ der russischen Streitkräfte.

Am 14. April begann der Prozess gegen den unabhängigen christlichen Prediger Eduard Charov wegen wiederholter „Diskreditierung“ der Streitkräfte vor dem Militärgericht der Zentralregion in Jekaterinburg. In einem seiner Postings in den Sozialen Medien hatte Charov geschrieben: „Ihr Kirchenmitglieder, werdet vernünftig! Versteht es, denkt darüber nach! Wäre Jesus in die Ukraine gegangen, um zu töten???“

Überdies ist Charov angeklagt, über das Internet öffentliche Aufrufe zur Begehung terroristischer Aktivitäten getätigt zu haben, Terrorismus gerechtfertigt und propagiert zu haben, dies alles laut Aussagen seiner Frau Inna wegen eines sarkastischen Kommentars über das Posting eines anderen Teilnehmers in den sozialen Medien. Der nächste Gerichtstermin im Prozess gegen Charov ist für den 27. Mai angesetzt.

Derzeit befindet sich Charov auf freiem Fuß, unterliegt jedoch Auflagen. So darf er seinen Heimatbezirk nicht verlassen und weder Telefon noch Internet benutzen.

Charov ist einer von drei religiösen Leitern, gegen die derzeit ein Strafverfahren anhängig ist, weil sie aus religiösen Gründen die Invasion der Ukraine durch Russland kritisiert haben.

So geht auch das Verfahren gegen den Zen-buddhistischen Leiter Ilya Vasilyev in Moskau weiter. Die Anklage gegen ihn lautet auf Verbreitung „wissentlicher falscher Informationen über die russischen Streitkräfte aus Gründen des Hasses oder der Feindschaft“. Grund der Anklage ist ein Posting in englischer Sprache, in dem er am 25. Dezember 2022 laut eigener Aussage ausschließlich aus religiösen Gründen geschrieben hatte: „Putin hat einen Weihnachts-Waffenstillstand verweigert. Er beschießt gerade jetzt mit seinen Raketen friedliche ukrainische Städte und Dörfer. Erst gestern gab es 16 Tote in Cherson, wo die Familie meines Vaters lebt. Oder gelebt hat? Millionen Ukrainer haben jetzt weder Strom noch Wasserversorgung.“ Vasilyev befindet sich schon seit über 9 Monaten in Untersuchungshaft und hat bereits sechs Gerichtstermine hinter sich. Sein Verteidiger glaubt, dass noch vier weitere Termine bevorstehen, bevor ein Urteil gefällt wird.

Auch gegen Nikolay Romanyuk, den Pastor einer Pfingstkirche, läuft ein Verfahren wegen seiner Äußerungen in einer Predigt im September 2022: „Christen sollten auf der Grundlage der Heiligen Schrift nicht in die Ukraine gehen, um zu kämpfen“. Ihm werden „öffentliche Aufrufe zu Handlungen gegen die Sicherheit der russischen Föderation oder Behinderung von Regierungsstellen und Beamten bei der Ausübung ihrer Befugnisse zur Gewährleistung der Sicherheit der russischen Föderation“ vorgeworfen. Der 62-jährige Pastor ist seit Oktober 2024 in Haft. Trotz seines schlechten Gesundheitszustandes – er hat während seiner Haftzeit einen Mini-Schlaganfall erlitten – wurde am 15. April seine Untersuchungshaft bis zum 17. Juni verlängert. Eine Entlassung in den Hausarrest aus Gesundheitsgründen wurde bisher stets abgelehnt. „Die Ermittlungsbeamten erklären vor Gericht immer wieder, was für ein gefährlicher Krimineller Romanyuk ist und warum er in Haft bleiben sollte“, erklärte Romanyuks Schwiegersohn nach dem jüngsten Gerichtstermin.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 17. April 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

## **Besetzte Gebiete der Ukraine: Razzien, Gerichtsverfahren, Beschlagnahme von Gebäuden**

Am 2. März kam es zu einer Razzia beim Sonntagsgottesdienst einer Baptistengemeinde in Stakhanov in der von Russland besetzten Region Lugansk. Dies war die bisher letzte einer Serie von Razzien gegen Religionsgemeinschaften in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine. Ziel dieser Übergriffe sind in erster Linie Gemeinschaften, die über keine Registrierung nach russischem Recht verfügen. Dabei wird religiöse Literatur beschlagnahmt, die Anwesenden werden fotografiert und beschlagnahmte Unterlagen werden an die Anklagebehörden übermittelt, um Strafverfahren gegen die Leiter einzuleiten. Der Pastor der Baptistengemeinde in Stakhanov wurde am 10. April vom zuständigen Gericht freigesprochen.

Ausländer, die sich in nicht registrierten Gemeinschaften betätigen, droht die Abschiebung.

Es kommt auch zur Beschlagnahme von Immobilien von nicht nach russischem Recht registrierten Gemeinschaften. Das letzte Beispiel ist das Gebäude einer protestantischen Kirche in Mariupol, die 2024 von der Stadtverwaltung beschlagnahmt wurde und in ein Kino umgewandelt wird, das demnächst unter dem Namen Komsomolez eröffnet werden soll.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 17. April 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### **Menschenrechtsorganisationen:**

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### **Wichtige englischsprachige Internetseiten:**

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]